

Oberste Lehrerin fordert Klimaanlage

Die Hitze erschwert Kindern die Konzentration und schlägt älteren Menschen auf die Gesundheit

ANDREA FOPP

In der Baselbieter Gemeinde Füllinsdorf lernen einige Primarklassen dieser Tage draussen Französisch. Der Grund: Im Klassenzimmer herrschen bereits um 11 Uhr 21 knapp 31 Grad. Der Lehrstoff wird heruntertemperiert, damit die Kinderhirne nicht überhitzen. Die «Basler Zeitung» hat die Schule besucht. Das Problem ist der Schulbau, der aus den 1960er Jahren stammt. 2027 soll saniert werden. Doch bis dahin wird geschwitzt.

Die Füllinsdorfer Kinder sind nicht die einzigen, denen die Hitze auf die Konzentration schlägt. Viele Lehrpersonen weichen auf Alternativprogramme aus. Doch das ist auf die Dauer auch keine Lösung, wenn man Dagmar Rösler, Präsidentin des Schweizerischen Dachverbands für Lehrerinnen und Lehrer, fragt: «Man kann nicht die ganze Unterrichtszeit im Schwimmbad verbringen, weil man doch Lernstoff zu vermitteln hat», sagte sie am Donnerstag zu SRF.

Rösler nimmt die Kantone in die Pflicht und fordert «Lüftung, Ventilatoren und Klimaanlage, wenn es Neubauten oder Sanierungen von bestehenden Schulhäusern gibt». Häufig scheitert es offenbar an den politischen Prioritäten. Rösler will von Gemeinden gehört haben, die aus finanziellen Gründen Lüftungen im Schulhaus gestrichen haben.

Bürokratische Hürden

Doch auch wenn das Geld da ist: Eine Klimaanlage einzubauen, ist gar nicht so einfach. Grund sind bürokratische Hürden. Für energieeffizientere, fest installierte Klimaanlagen, sogenannte Klima-Split-Geräte, braucht es eine Bewilligung. Sie kosten je nach Kanton und Gemeinde zwischen 150 und 500 Franken und sind an diverse Bedingungen geknüpft, die es für Eigentümer älterer Gebäude schwierig machen, eine Klimaanlage zu installieren. Hier eine Auswahl:

■ **Reduzierte Leistung:** Die Kantone beschränken die Leistung der Klimaanlagen auf maximal 12 Watt pro Quadratmeter. Ziel ist es, Strom zu sparen und die Eigentümer dazu zu bringen, ihre Gebäude zu isolieren. Diese Menge reicht häufig aber nicht aus für eine Kühlung der Räume.

■ **Sonnenstoren-Vorschrift:** Die meisten Kantone fordern, dass die Fens-



Split-Klimaanlagen bestehen aus zwei Geräten. Eines hängt draussen an der Fassade, eines drin an der Decke.

IMAGO

ter abgedunkelt werden können, damit keine Hitze hereinkommt. Dazu kommen Anforderungen an Wärmeschutz, Feuchteschutz und Raumklima.

■ **Solarpflicht:** Wer beispielsweise in Zürich eine Klimaanlage will, braucht eine Photovoltaikanlage, welche den Kühlungsbedarf deckt.

Eigentümer älterer Gebäude können je nach Bedarf eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Doch eine Installation kann sehr teuer werden. Eine Alternative sind mobile Klimaanlagen. Sie sind günstiger und erfordern keine Bewilligung. Dafür benötigen sie mehr Strom.

Nicht nur für alte Schulhäuser, auch für Altersheime oder Spitäler, die in Gebäuden mit schlechter Isolierung untergebracht sind, ist die Ausgangslage schwierig. Gerade ältere Menschen sind aber besonders verletzlich. Aus diesem Grund ist Anfang Juli Streit in Bundesbern ausgebrochen. Die FDP machte die Grünen für die bürokratischen Auf-

lagen verantwortlich und veröffentlichte eine angriffige Medienmitteilung: «Grüne Politiker wollen in vielen Kantonen Klimaanlagen verbieten», schrieb die Partei. Statt mit Klimaanlagen vulnerable Personen zu schützen, wollten sie die Bevölkerung die Klimaerwärmung spüren lassen, «als sei dies ein Akt der Sühne».

Überschuss an sauberem Strom

Tatsächlich setzen sich die Grünen für Auflagen bei Klimaanlagen ein. Dennoch reagierte die Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone irritiert auf die Verbotsvorwürfe und warf der FDP «Fake News» vor. Sie befürwortete den Einsatz von Klimaanlagen dort, wo sie dringend seien.

Ohnehin beruht ein grosser Teil der Bewilligungspraxis auf den Empfehlungen der kantonalen Energiedirektoren, die Mehrheit von ihnen ist bürgerlich. Sie sind gerade damit beschäftigt, ihre Mustervorschriften zu überarbeiten. Aus klimapolitischen Überlegungen zeigen

sie sich allerdings wenig gewillt, grosszügig zu liberalisieren, wie der «Tages-Anzeiger» kürzlich berichtete.

In Basel-Stadt ist ein Freisinniger selbst tätig geworden. Der Grossrat Daniel Seiler hat letzten Sommer einen Vorstoss eingereicht. Die Regierung wird aufgefordert, das Bewilligungswesen für Klimaanlagen zu lockern. Dabei erhielt er Unterstützung von einem Sozialdemokraten, der seinerseits einen Vorstoss nachgeschoben hat.

Zwar fressen Klimaanlagen auch heute noch viel Strom. Durch den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien herrscht in Europa im Sommer allerdings zunehmend ein Überschuss an sauberem Strom. Bereits heute müsse deshalb immer häufiger die Stromproduktion abgeregelt oder gar überschüssiger Strom vernichtet werden, heisst es im Vorstoss. Diesen Strom könnte man vielleicht auch für Klimaanlagen nutzen. Ganz nach dem Motto: kühle Räume für viele statt für wenige. Auch ein Grüner hat den Vorstoss unterschrieben.

Landessprachen verlieren an Bedeutung

Der Zusammenhalt in der Schweiz könnte unter der Vielfalt leiden

SEBASTIAN BRIELLMANN

Dass die Sprache wichtig für die Zugehörigkeit zu einem Land ist für die Menschen, die in ebendiesem leben: Das ist eine anthropologische Konstante. Für die Schweiz gilt das als viersprachiges Land besonders. Das zeigt auch eine neue Erhebung des Bundesamts für Statistik (BFS). Fast neun von zehn Bürgern sind der Meinung, dass es für den «Zusammenhalt» wichtig sei, «Kenntnisse in mehreren Landessprachen zu haben».

Fakt ist jedoch: Die Kompetenzen nehmen ab. Im Mai hat eine Studie der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gezeigt, dass am Ende der regulären Schulzeit nur acht von zehn Schülern in der Erstsprache im Lesen banale Grundkompetenzen erreichen. 20 Prozent sind nicht in der Lage, in einem simplen Alltagstext die Intention des Autors zu erkennen und eine Schlussfolgerung aus den Informationen zu ziehen.

Probleme bei einfachen Sätzen

Ende letzten Jahres wurde bekannt, dass 1,25 Millionen Erwachsene, die in der Schweiz leben, kaum lesen können. Jeder Zehnte kann mit der simplen Information «Bitte bringen Sie Ihr Kind bis 10 Uhr in den Kindergarten» nichts anfangen. In den weiteren Landessprachen sieht es nicht besser aus, im Gegenteil: Bei der ersten Fremdsprache sind die Resultate noch ernüchternder. Auf die Deutschschweiz bezogen heisst das: Nur die Hälfte kann einen einfachen Satz auf Französisch verstehen.

Dabei wünscht sich ein Grossteil der Bevölkerung weiterhin, dass die erste Fremdsprache in der Schule eine Landessprache sein sollte. Doch es verändert sich etwas: Bei den 15- bis 24-Jährigen stimmen dem nur noch 66 Prozent zu. Nimmt also die Bedeutung der Schweizer Landessprachen ab – und somit auch der Zusammenhalt?

Klar ist: Immer weniger Menschen sind jener Sprache mächtig, die «in der Wohngemeinde überwiegend gesprochen wird», wie es das BFS etwas umständlich ausdrückt. Ein Sechstel der Bevölkerung ist davon betroffen. 25 Prozent sind innerhalb der Schweiz in eine andere Sprachregion gezogen, 75 Prozent sind eingewandert. Diese Migranten machen 12 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Das ist eine Steigerung von 4 Prozentpunkten im Vergleich mit dem Jahr 2010.

Englisch stark verbreitet

Das heisst aber nicht, dass jene Fremdsprachigen keine Landessprache beherrschen, schreibt das BFS. Aber nur ein Drittel spricht mindestens eine davon regelmässig daheim oder bei der Arbeit. Insgesamt beherrschen in der Schweiz nur 75 Prozent aller Menschen eine Landessprache. 61 Prozent sprechen hauptsächlich Deutsch, 23 Prozent Französisch, 8 Prozent Italienisch – und ein halbes Rätoromanisch. Der Anteil der Landessprachen geht insgesamt zurück.

Dafür sind andere Sprachen als Hauptsprache stärker verbreitet. Beispielsweise Englisch, Albanisch oder Portugiesisch. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es eine Zunahme gibt bei den Menschen, die mehr als eine Sprache regelmässig sprechen: 37 Prozent der Bevölkerung verwenden mindestens zwei Sprachen, ein Viertel sogar drei oder mehr. Wenig überraschend sind es die Jüngeren, die mehr Sprachen sprechen. Zum einen sprechen sie öfters daheim keine Landessprache, zum anderen sind sie immer mehr auch des Englischen mächtig – und pflegen dieses auch. Über 80 Prozent der 15- bis 24-Jährigen unterhalten sich regelmässig in zwei oder mehr Sprachen.

Die Sprachenvielfalt dürfte weiter zunehmen. Gilt künftig weniger das Einende, Zusammenhaltende als Credo als: Du bist, was du sprichst?

Schwarzpeterspiel um das Zolldebakel

Die Europa-Freunde kritisieren Karin Keller-Sutter – die Europa-Gegner Beat Jans oder Ignazio Cassis

KATHARINA FONTANA

Welcher Bundesrat ist schuld, dass die Schweiz von der US-Regierung mit exorbitanten 39 Prozent Zöllen belegt wird? Die Schuldzuweisungen machen die Runde. Im Fokus steht die Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter, die es am Telefon mit dem amerikanischen Präsidenten offensichtlich doch nicht so gut kann, wie sie gemeint hatte, und die seither einiges an Häme und Vorwürfen einstecken muss. Bei der Kritik an ihr scheint es nicht immer nur um das Zolldebakel zu gehen. Es gibt so einige Politiker, die mit der starken freisinnigen Frau im Bundesrat Mühe haben und nun genüsslich auf ihrer Niederlage vor der Weltöffentlichkeit herumreiten.

Hinzu kommen linke Europa-freundliche Kreise. Sie nutzen die Gelegenheit, um Keller-Sutter wegen ihrer angeblichen Anbiederung an Trump zu kritisieren, weil sie im Bundesrat nicht zu den Europa-Turbos gehört oder weil sie unter anderem mit erklärten Gegnern der EU-Verträge wie Alfred Gantner und Marcel Erni in den USA zu retten versuchte, was noch zu retten ist.

So behauptet die «Wochezeitung» («WoZ») in ihrer jüngsten Ausgabe, dass die Bundespräsidentin in den Verhand-

lungen mit den USA früh auf eine anti-europäische Strategie gesetzt und die Schweiz dadurch auf direktem Weg in die handelspolitische Sackgasse geführt habe. Als Beleg wird ein Telefonat angeführt, das Keller-Sutter mit Ursula von der Leyen geführt und in dem sie der EU-Kommissions-Präsidentin «mitteilidig» mitgeteilt habe, «dass die Schweiz einen eigenen, vorteilhaften Zolldeal mit den USA ausgehandelt habe». Dieser laut «WoZ» anti-europäische Alleingang habe zu dem Resultat geführt: «Nichts gewonnen in den USA und viel Geschirr zerschlagen in der EU.»

Laufender Austausch

Tatsächlich hat die Bundespräsidentin mehrmals mit von der Leyen telefoniert, wie das Finanzdepartement (EFD) bestätigt. Dass sich die Schweiz und die EU in den letzten Monaten gegenseitig auf dem Laufenden gehalten haben, wie es mit den US-Zollverhandlungen vorangehe, ist freilich kein Geheimnis. Der Austausch erfolgte nicht zuletzt auch deshalb, weil die EU zu Beginn des Zollkonflikts erwogen hatte, Gegenmassnahmen zu ergreifen und Zölle auf gewisse Importprodukte aus den USA zu erheben. Die Schweiz hatte ein gros-

ses Interesse, als Drittstaat davon nicht tangiert zu werden – und eine Situation zu vermeiden wie früher im Stahlstreit zwischen den USA und der EU, als sie zwischen die Fronten geriet.

Laut EFD war es deshalb nichts als korrekt, dass Keller-Sutter sich nach positiv verlaufenen Gesprächen mit dem amerikanischen Finanzminister Scott Bessent und dem US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer im Juli mit von der Leyen über den jeweiligen Stand der Dinge austauschte.

Laut der «WoZ» und den linken Europa-Freunden hätte sich die Schweiz bei den Zollverhandlungen dagegen an die EU anbinden müssen, statt selbstbewusst selber zu verhandeln und die Vorzüge der Schweiz herauszustreichen. Ob das etwas geändert hätte? Liechtenstein und die Schweiz bilden eine Zollunion und strebten bei den Verhandlungen um die US-Zölle eine gemeinsame Lösung an, gleichwohl kommt Liechtenstein im Moment mit einem 15-Prozent-Zoll weg. Auch wären hierzulande wohl nicht alle zufrieden gewesen, wenn von der Leyen die Vereinbarung mit 15 Prozent US-Zöllen und Milliardenzahlungen an die USA verkündet hätte und die Schweiz darin eingebunden gewesen wäre – abgesehen davon, dass unge-

wiss ist, ob es für die EU bei den 15 Prozent bleiben wird.

Erzählung und Gegenerzählung

Die Darstellung der «WoZ» ist sozusagen die Gegenerzählung der EU-Freunde zu jener Geschichte, die von EU-kritischen Medien verbreitet wurde. Für den «Nebelspalter» sind die Schuldigen für das Zolldebakel Justizminister Beat Jans und Aussenminister Ignazio Cassis. Ihre Europa-affinen Departemente hätten mit Mitberichten einen zügigen Abschluss des US-Deals verzögert, wenn nicht hintertrieben, um den EU-Verträgen eine bessere Chance zu geben. Das scheint doch eine gewagte Interpretation der Ereignisse zu sein, die zumindest vom EDA bestritten wird.

Die «Weltwoche» dagegen sieht bei Cassis die Hauptverantwortung. Die EDA-Diplomaten fühlten sich zu fein für die Trump-Regierung und setzten sich an der Uno in New York lieber für Gaza und Gender ein, als der Schweiz in Washington Türen zu öffnen, heisst es dort. Am Filmfestival von Locarno wies Cassis diese Vorwürfe vor den Medienvertretern zurück. «Wir kennen unseren Job. Sie sind Journalisten, wir sind Exekutivmitglieder und wissen, was notwendig ist.»